

# Wer bietet mehr für die Rettung des Waldes?

20 Millionen Euro hier,  
50 Millionen da,  
100 Millionen dort:  
Rot-Rot-Grün überbietet  
sich mit Vorschlägen  
zur Rettung des ausge-  
trockneten Waldes.  
Nun werden handfeste  
Beschlüsse erwartet.

Von Eike Kellermann

Die Schäden haben sich extrem verschärft“, sagt Horst Sproßmann, Sprecher beim landeseigenen Thüringen-Forst. Noch nie seit der Gründung des Freistaats war der Wald in Thüringen in einer solchen Notlage. Die seit Frühjahr 2018 andauernde Trockenheit sowie der Borkenkäfer, der die geschwächten Bäume befällt, setzen ihm zu. Die Buchen sterben, das gab es noch nie. Und die Fichte, die am weitesten verbreitete Baumart, „werden wir in Lagen bis 400 Meter flüchtig verlieren“, so Sproßmann. Laut Forstministerin Birgit Keller (Linke) droht der Verlust von 40 000 Hektar Wald.

Nun ist der sprichwörtliche gute Rat teuer. Sehr teuer. Nachdem das neue Waldsterben in den Köpfen der führenden Landespolitiker angekommen ist, überbieten sich die Regierungsparteien Linke, SPD und Grüne mit Vorschlägen zur Rettung des geplagten Waldes. Konkret stehen bislang aber erst jeweils vier Millionen Euro zu Buche, die der Landtag für 2019 und 2020 dem finanziell darbedingten Thüringen-Forst zusätzlich bewilligt hat. Doch das sind offenbar nur Peanuts, gemessen an den Schäden.

„Die Fichte werden wir in Lagen bis 400 Meter flüchtig verlieren.“

Horst Sproßmann,  
Sprecher  
von Thüringen-Forst



Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) war der Erste, der Kosten von 50 Millionen Euro ins Spiel brachte – pro Jahr. Forstministerin Keller hat eigenen Angaben zufolge einen „Masterplan 2030“ erarbeiten lassen, wonach diese Summe zehn Jahre lang aufgebracht werden muss. Insgesamt geht es also um 500 Millionen Euro. Keller und Ramelow, der extra seinen Urlaub unterbricht, wollen am heutigen Dienstag zu einer Krisensitzung mit ihren Kollegen aus den Ressorts Finanzen, Innen und Umwelt zusammenkommen. Auch Forst-Chef Volker Gebhardt soll dabei sein.

Und jeder hat einen Wunschzettel. So hat die Forstanstalt einen eigenen Maßnahmenplan vorgelegt. Mit Hochdruck, so Sprecher Sproßmann,



Trockenheit und Borkenkäfer hinterlassen ihre Spuren: Kahle Äste eines toten Baumes bei Hinternah im Landkreis Hildburghausen sind ein deutliches Zeichen dafür, dass dieser Baum von Schädlingen befallen ist.

Foto: ari

arbeite man an der Sanierung abgestorbener Waldflächen und der Wiederaufforstung. „Die Parole heißt jetzt: Mischen, mischen, mischen.“ Die bisher vielerorts dominierende Fichte, die anfällig für Trockenheit und Sturm ist, soll durch widerstandsfähigere Baumarten ersetzt werden. Etwa durch die Laubbäume Eiche, Linde, Ahorn und Elsbeere sowie die Nadelbäume Weißtanne, Schwarzkiefer und Douglasie.

## Wettlauf mit der Zeit

Diesen naturnahen Mischwald will Thüringen-Forst landesweit aufbauen. Das Ziel wird schon seit 1990 verfolgt, aber richtig weit gekommen ist das landeseigene Unternehmen bisher nicht. „In dem Tempo, wie wir bisher Waldumbau betrieben haben, können wir nicht weitermachen“, sagt Forstministerin Keller. Sproßmann zufolge müssen rund 100 000 Hektar der insgesamt 550 000 Hektar Wald in Thüringen zu einem widerstandsfähigen Mischwald umgebaut werden. Rund 70 000 Hektar davon seien in privater oder kommunaler Hand. Nur die wenigsten dieser Eigentümer dürften über die erforderlichen Mittel verfügen. Genau hier könnte die Landesregierung Millionen zubuttern.

Bei Thüringen-Forst, der die 200 000 Hektar Staatswald besitzt, gehe es beim Waldumbau um rund 30 000 Hektar, sagt Sproßmann. Um die 30 Prozent davon seien bereits in einem Zustand, der den Vorstellun-

gen entspreche. Beispielsweise in den Kammlagen des Thüringer Waldes oder bei Oberhof, wo der Forst einen Schwerpunkt gesetzt habe. Aber der Umbau verteile sich über den gesamten Freistaat. „Die 24 Forstämter waren bisher nicht untätig.“

Es ist jedoch ein Wettlauf mit der Zeit. Denn der Umbau, der dem Thüringer Wald das Überleben sichern soll, wird selbst von der anhaltenden Trockenheit ausgebremst. Auf Nachfrage bestätigte Forst-Sprecher Sproß-

„Ich sehe hier eine Notsituation, in der Bundeswehr und THW um Hilfe gebeten werden müssen.“

Mike Mohring,  
CDU-Fraktionschef



mann, dass es bei den 2017 und 2018 neu gepflanzten Bäumchen enorme Ausfälle gibt. Sie sind vertrocknet. Die Ausfälle lägen je nach Lage bei 30, 50, ja sogar 70 Prozent. „Das ist ein Schaden in Millionenhöhe“, so Sproßmann. Thüringen-Forst pflanze jedes Jahr 600 000 bis 1,2 Millionen junger Bäume.

Die Parteien indes haben, je nach politischer Ausrichtung, ihre eigenen Vorstellungen. Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund

(Grüne) legte vorige Woche einen Zehn-Punkte-Plan für einen gesunden Wald vor. Sie spricht sich etwa dafür aus, den Waldbesitzern beim Waldumbau „ausreichend öffentliche Mittel“ zur Verfügung zu stellen. Deshalb solle das Land einen Klimafonds mit 100 Millionen Euro einrichten. Aus dem Fonds könnten Gelder auch bei Sturm-Schäden oder Borkenkäfer-Befall fließen. Baden-Württemberg setze darauf erfolgreich bereits seit vielen Jahren.

Der Vorschlag brachte ihr einen Ruffel von Innenminister Georg Maier (SPD) ein. Er kritisierte, dass Siegesmund ohne Absprache mit den beiden anderen Koalitionspartnern vorgeprescht sei. Maier freilich eiferte ihr nach. Während seine SPD intern noch ein Positionspapier zur Wald-Rettung abstimme, preschte er via Medien mit der Forderung nach einem „Wald-Pfennig“ vor. Kommunen mit Waldbesitz sollten jährlich 20 Millionen Euro zur Beseitigung der Schäden bekommen. Als die SPD tags darauf ihr Positionspapier vorlegte, stand davon nichts drin. Ausgebremst.

Zudem stritt die Koalition darüber, ob man angesichts der Katastrophe vorerst damit aufhören müsse, weitere Waldgebiete aus der Nutzung zu nehmen und sie damit zum Urwald werden zu lassen. Umweltministerin Siegesmund ist strikt für eine Fortführung des Programms. Die Südthüringer SPD-Politikerin Claudia Scheers Schmidt warnte hingegen: „Nicht bewirtschaftete Wälder sind

durch das viele Totholz besonders anfällig für Waldbrände, extrem unwegsam und stellen die Einsatzkräfte der Feuerwehren vor unkalkulierbare und unvorhersehbare Gefahrensituationen.“ Weil die Waldbrandge-



Bestandsaufnahme: Forstministerin Birgit Keller verschaffte sich in den vergangenen Wochen gemeinsam mit Volker Gebhardt, Chef von Thüringen-Forst, in verschiedenen Thüringer Waldgebieten einen Überblick. Foto: Ministerium

fahr wegen des Klimawandels weiter steige, müssten mindestens 30 Millionen Euro des von Siegesmund vorgeschlagenen Klimafonds in die Feuerwehren investiert werden, fordert Scheers Schmidt.

## Kritik von Opposition

Das Hin und Her in der Koalition rief die Opposition auf den Plan. Für die AfD kritisierte Forstpolitiker Thomas Rudy: „Die Akteure der rot-rot-grünen Landesregierung überbieten sich gegenseitig mit aktionistischen Vorschlägen zur Rettung des Waldes.“ Er hielt Siegesmund vor, sich auf Kosten der Koalitionspartner für die Landtagswahlen profilieren zu wollen. Forstministerin Keller sei überfordert. Und die SPD schreke vor Kritik an der eigenen Regierung nicht zurück. Rudy schlug vor, Freiwillige zur Bekämpfung des Borkenkäfers einzusetzen. Die Forstministerin griff das insofern auf, als sie appellierte, dass Freiwillige bei dem im Herbst beginnenden Pflanz-Aktionen mithelfen sollten.

Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring sprach von „dramatischen Zuständen in den deutschen Wäldern“ und forderte Amtshilfe durch Bundeswehr und Technisches Hilfswerk (THW). Forstbedienstete und Waldeigentümer arbeiteten bereits „über der Belastungsgrenze“, zudem sei der Holzmarkt zusammengebrochen. Ohne Erlöse seien die Waldbesitzer aber nicht in der Lage, die Aufträge für Beräumung und Aufforstung auszulösen. Wald und Forstwirtschaft sähen sich einem Katastrophenfall ausgesetzt. „Ich sehe hier eine Notsituation, in der Bundeswehr und THW um Hilfe gebeten werden müssen“, sagte Mohring.

# Das Spitzenpersonal aus Berlin wird zum Wahlkampf-Problem

Viele Menschen im Osten sind unzufrieden mit der Politik in Berlin. Und auch etliche Wahlkämpfer in den neuen Ländern kritisieren ihre Parteizentrale.

Von Ruppert Mayr

Berlin – Führende CDU-Politiker aus den neuen Ländern haben Kritik am Einsatz der Berliner Parteizentrale in den Wahlkämpfen im Osten erkennen lassen. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christian Hirte, wurde am Montag besonders deutlich. Die CDU habe die Stimmungslage der Bürger im Osten nicht aufgegriffen. Seine Partei habe auch nicht deutlich machen können, dass sie deren Interessen im Blick habe, sagte Hirte. „Wenn Sie sich etwa die Europawahl anschauen, kann man ja kaum behaupten, dass wir politisch alles richtig gemacht hätten.“

CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer reagierte sehr zurückhal-



Bei vielen ostdeutschen Wahlkämpfern ein ungebeter Gast: CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer. Foto: dpa

tend auf die Kritik. Sie wolle sich zuerst das gesamte Interview anschauen, sagte sie nach einem Treffen mit sächsischen CDU-Kreisvorsitzenden. Sie räumte aber ein, dass, obwohl schon viel erreicht worden sei, immer noch viel zu tun sei. Gerade in Sachsen gebe es auch Boomregionen. Aber es bestünden nach wie vor Un-

terschiede zwischen Stadt und Land, sodass noch einiges für gleiche Lebensverhältnisse getan werden müsse, so Kramp-Karrenbauer.

Der Ostbeauftragte argumentierte weiter, es gebe erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West. So fehlten im Osten die ganz großen internationalen

Player, die auch attraktive, hoch bezahlte Jobs anboten. Hier sei die Politik in der Verantwortung, sagte der CDU-Politiker. Und „wenn es etwa geht um Mobilität, wenn's geht um Energie- und Klimaschutz, aber auch, das will ich zugestehen, um den Bereich Migration, sind das doch Punkte, wo Bürger sich in den letzten

Jahren nicht nur aufgehoben gefühlt haben bei der CDU.“ Kramp-Karrenbauer sagte nach dem Treffen mit den Kreisvorsitzenden, die CDU wolle einen schnellen Strukturwandel im Osten unterstützen. Je schneller der Strukturwandel etwa in den Kohleländern vorangetrieben werde, umso schneller sei auch ein Ausstieg aus der Kohle möglich. Die Kohlekommission hatte einen Ausstieg bis spätestens 2038 empfohlen. CSU-Chef Markus Söder hatte bereits vor einigen Wochen einen schnelleren Ausstieg gefordert.

Kramp-Karrenbauer und der Generalsekretär der sächsischen CDU, Alexander Dierks, sicherten zu, in den kommenden drei Wochen alles zu tun, damit Michael Kretschmer CDU-Ministerpräsident in Sachsen bleibe. In Sachsen und in Brandenburg wird am 1. September ein neuer Landtag gewählt.

Kretschmer sagte vor Beginn der Gremiensitzungen seiner Partei, in Sachsen finde derzeit ein „sehr aktiver Wahlkampf“ statt, in dem die aktuellen Themen angesprochen wür-

den, wie eben der Klimaschutz. Für ihn sei wichtig, dass die CDU in diesem Bereich keine Verbotsparterie sei, sondern die Partei der sozialen Marktwirtschaft und der Innovationen. Zum Treffen mit den Kreisvorsitzenden sagte er - offensichtlich mit einem Unterton: „Ich freu mich sehr, dass man sich so intensiv miteinander unterhält und sich austauscht. ... Ich denke, es wird eine ehrliche Aussprache geben.“

Kramp-Karrenbauer und die Kreisvorsitzenden hatten sich bereits vor kurzem getroffen. Danach wurde Kritik unter anderem daran laut, dass sich die CDU-Chefin zu wenig Zeit genommen habe. Sie sagte nun, man wolle diese Treffen beibehalten und sich regelmäßig austauschen.

Auch Thüringens CDU-Chef Mike Mohring, der am 27. Oktober ebenfalls eine Landtagswahl zu bestreiten hat, ließ eine gewisse Unzufriedenheit erkennen. Auf die Frage, was er von der Parteizentrale erwarte, sagte er: „Ich bin ja bescheiden geworden.“ Er freue sich jedenfalls, dass der Solidaritätszuschlag endlich ab-

gebaut werde, so wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Nun müsse sich die SPD bei der Grundrente kompromissbereit zeigen. Die große Koalition müsse endlich umsetzen, was im Koalitionsvertrag stehe. Das sei auch ein Zeichen von Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Es gebe im Osten eine Unsicherheit gegenüber dem Wohlstandsversprechen des Staates, warnte Mohring.

Besonders deutlich wurde der CDU-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Vincent Kokert. Man dürfe die Menschen nicht allein lassen mit ihren Problemen, gerade jetzt beim Klimaschutz. „Man muss sich beim Klimaschutz ehrlich machen. Zum Teil haben wir den lange auch verschlafen und nicht angepackt. Das haben uns die Grünen vorweggenommen. Aber die Antwort kann nicht sein, dass wir gleich wieder eine neue Steuer einführen.“ Kramp-Karrenbauer komme im Wahlkampf in den neuen Ländern gut an. „Aber wir brauchen natürlich eine höhere Präsenz überhaupt der ganzen Bundespolitik.“